

Verfassung/Föderalismus/ZFM/

(Morgenzusammenfassung - Neu; Dohnanyi) Zweiter Anlauf in 2005? - Müller rechnet mit neuen Föderalismus-Verhandlungen - Bildung bleibt Hauptstreitpunkt - Von

Peter Leveringhaus - =

Berlin (ddp). Nach dem Scheitern der Föderalismuskommission fordern immer mehr Stimmen einen neuen Anlauf für eine Reform der Bund-Länder-Beziehungen. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) rechnet damit, dass die Gespräche «Anfang nächsten Jahres» neu beginnen könnten. Er sei sich sicher, dass es «einen neuen Anlauf geben» werde, sagte Müller am Montag im ZDF «Morgenmagazin». Voraussetzung sei allerdings, dass der Bund die alleinige Zuständigkeit der Länder für die Bildung anerkenne. Detailfragen wie die Regelungen des Hochschulzugangs und der Abschlüsse könnten dagegen beim Bund bleiben, so Müller.

Die Grünen-Fraktionschefin Krista Sager forderte, «einen unabhängigen Rat mit Experten aus dem Bildungsbereich einzusetzen. Wenn dieser Rat Vorschläge macht, wie wir künftig die Zuständigkeiten für Schulen und Hochschulen gestalten sollten, dann wäre das ein wichtiger Schritt», sagte Sager der «Financial Times Deutschland» (Montagausgabe).

Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) betonte in der «Berliner Zeitung» (Montagausgabe): «Ein neuer Anlauf für eine Staatsreform ist dringend nötig.» In den Gesprächen solle man sich ganz auf den Bereich Bildung konzentrieren. Sie halte eine Verständigung bis zum Sommer für möglich, sagte die Ministerin. Sie schlug vor, den Ländern die Kernkompetenz bei der Bildung zu überlassen. Bei entscheidenden internationalen Fragen wie der Technologieförderung müsse der Bund aber einspringen können.

Der SPD-Politiker und Mitglied des Konvent für Deutschland, Klaus von Dohnanyi, forderte, dass sich Bundespräsident Horst Köhler in die Debatte einschalten solle. Köhler verfüge über die notwendige Erfahrung über die politischen Verhältnisse in anderen Ländern, die für die innerdeutsche Debatte nützlich sein könne, sagte von Dohnanyi im Deutschlandfunk. Er betonte, dass das Thema «nicht zu Ende» sei: «Die erste Hälfte 2005 müsste eigentlich genutzt werden, um das Thema voranzubringen».

Auch die Kommunen wollen einen neuen Anlauf. «Ich appelliere an alle Beteiligten, möglichst bald an den Verhandlungstisch zurückzukehren und zu einem Ergebnis zu kommen», sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, der «Berliner Zeitung» (Montagausgabe). Er nannte das Scheitern ein Armutszeugnis, das das Vertrauen der Bürger in das Geschick ihrer politischen Vertreter nachhaltig schädige.

Der Präsident des Deutschen Industrie und Handelskammertages, DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun, sagte der Zeitung «Die Welt» (Montagausgabe): «Die Politik